

# QUARTALSBERICHT

Projektland: Indonesien

Quartal/Jahr: III/2012

## 1. Innenpolitik

- Intrareligiöser Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten
- Korruptionsfälle lassen Präsidentschaftspartei keine Ruhe
- Korruptionsfall innerhalb der Polizei
- Gouverneurswahl in der Hauptstadtprovinz Jakarta
- Mögliche Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2014

## 2. Außenpolitik

- Bundeskanzlerin Angela Merkel stattet Indonesien einen Besuch ab
- ASEAN-Gipfel gescheitert
- US-Außenministerin Hillary Clinton drängt zur Einigung bezüglich Südchinesischem Meer

## 3. Wirtschaft

- Generelle wirtschaftliche Lage
- Das Bergbaugesetz 2009 und seine Auswirkungen

## 4. Sonstiges

- Neuer deutscher Botschafter wird in Jakarta willkommen geheißen
- Korruptionsindex zeigt überraschende Ergebnisse
- Bedrohte Orang-Utans und das Gebiets des nationalen Waldschutzmoratoriums werden überprüft

## 1. Innenpolitik

### Intrareligiöser Konflikt zwischen Schiiten und Sunniten

Das Konfliktpotential gegenüber religiösen Minderheiten in Indonesien weitet sich aus. So sieht sich mittlerweile auch die schiitische Konfession des Islams Offensiven von Seiten der Sunniten ausgeliefert. In Indonesien leben ungefähr 2,5 Millionen Schiiten und bilden gegenüber den etwa 204 Millionen Sunniten eine verschwindend kleine Minderheit.

Ende August 2012 ereignete sich zum Beispiel in der Gegend Sampang auf Madura, Ostjava, ein gewalttätiger Übergriff von einer Gruppe radikaler Sunniten auf eine schiitische Gemeinde, bei dem sieben Menschen verletzt, zwei getötet und mehrere Hundert aus ihren Häusern vertrieben wurden. Sampang ist nicht der erste Fall, in dem Schiiten in Indonesien Opfer der Gewalt durch radikale Sunniten wurden. Staatlicher Schutz den Schiiten gegenüber ist jedoch eher verhalten, was sich in dem mangelnden Einsatz der Polizei und an den Aussagen des Religionsministers, Suryadharma Ali, erkennen lässt. Letzterer hatte Schiiten als eine häretische Sekte bezeichnet und sich positiv für eine Konvertierung der Opfer von Sampang zum sunnitischen Glauben ausgesprochen. Als Lösung für die anhaltenden Spannungen in Sampang schlug die Regierung eine Umsiedlung der betroffenen Schiiten vor. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der Gemeinde abgelehnt.

Im Nachhinein wurde im Fall Sampang behauptet, der Angriff sei keine religiöse Auseinandersetzung, sondern auf die Fehde zwischen Tajul Muluk, einem Schiiten, und seinem Bruder Roisul Hukamah, einem Sunniten, zurückzuführen. Die Mitglieder der betroffenen schiitischen Gemeinde sind Anhänger des Predigers Tajul Muluk. Nichtsdestotrotz, religiöse Unterschiede konnten für die Zwecke von Roisul Hukamah instrumentalisiert werden, was auf das existierende Konfliktpotential zwischen Sunniten und Schiiten schließen lässt.

In den letzten Jahren wurde in Indonesien eine generelle Tendenz zu intra-islamischen Konflikten deutlich. Mitglieder einer weiteren muslimischen Minderheit, die der Ahmadiya, sehen sich seit Jahren Diskriminierung und Gewalt gegenüber gestellt. Nach Protesten gegen die Ahmadiyya im Jahr 2008 wurde den Mitgliedern der Glaubensrichtung durch ein Regierungsdekret verboten ihre Ansichten zu verbreiten und erst Mitte Juli 2012 wurde eine Gemeinde in Bogor wieder Opfer eines Angriffs. Bewohner des benachbarten Dorfes zerstörten mehrere Wohnhäuser der Ahmadiya-Gemeinde. Die Gemeinde war vor zwei Jahren schon einmal von einer gewalttätigen Meute heimgesucht worden und hatte ohne jegliche staatliche Hilfe das zerstörte Dorf wieder aufbauen müssen. Im Jahr 2011 registrierte das SETARA Institut für Demokratie und Frieden in Indonesien 114 Übergriffe auf Mitglieder der Ahmadiya.

### Korruptionsfälle lassen Präsidentschaftspartei keine Ruhe

Anfang dieses Jahres hatte ein Korruptionsfall die Partei des amtierenden Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, Demokratischen Partei (PD), erschüttert, wobei mehrere Mitglieder der Führungsspitze in den Skandal verwickelt waren. So wurden Vorwürfe gegen den Schatzmeister der PD, Muhammad Nazaruddin, Minister für Jugend und Sport, Andi Malarangeng, Spitzenpolitikerin Angelina Sondakh und den aktuellen Vorsitzenden

der Partei, Anas Urbaningrum, geäußert. Der Fall bezog sich auf die Veruntreuung von Staatsgeldern bezüglich dem Bau von Sportanlagen für die ASEAN SEA-Games in Jakarta-Palembang im November 2011.

Nun sind zwei weitere Korruptionsvorwürfe erhoben worden, welche den inzwischen verurteilten Muhammad Nazaruddin und Hartati Murdaza, ein Mitglied des Förderausschusses der Demokratischen Partei, betreffen. Zum einem soll Nazaruddin maßgeblich an einem Korruptionsfall hinsichtlich eines Baus einer Fabrik zur Herstellung von Vogelgrippe-Impfstoffen beteiligt gewesen sein. Das staatliche US\$ 135-Millionen-Projekt wurde an mehrere Firmen vergeben, deren Miteigentümer Nazaruddin ist. Es wird angenommen, dass dem Staat aus den daraus resultierenden Fehlallokationen ein Verlust von US\$ 62,5 Millionen entstanden ist. Mittlerweile wurden die beteiligten Firmen von der Anteilnahme an Regierungsprojekten ausgeschlossen. Des Weiteren wurde Hartati Murdaya verdächtigt, den Landrat von Boul in Zentralsulawesi, Amran Batalipu, bestochen zu haben, um zwei ihrer Firmen zu begünstigen. Mit einer Summe von US\$ 312,000 sollte die Vergabe von Grundstückslizenzen beeinflusst werden.

Zum wiederholten Male sinkt die Glaubwürdigkeit des indonesischen Präsidenten und das Ansehen der Demokratischen Partei in den Augen der Öffentlichkeit. Eine Tendenz, welche die Partei hinsichtlich der nächsten Präsidentschaftswahl im Jahr 2014 vor schlechte Aussichten stellt.

### **Korruptionsfall innerhalb der Polizei**

Wenn es darum geht Korruptionsfälle innerhalb der Polizei zu untersuchen, wurde vor ein paar Jahren von dem hochrangigen Polizeibeamten Susno Duadji ein aussagekräftiger Vergleich gezogen: “Der Kampf zwischen dem Gecko (gemeint ist die indonesische Antikorruptionsbehörde = KPK) und dem Krokodil (Polizei)”. Im August 2012 wurde der KPK nun Anlass gegeben, diesen “Kampf” weiterzuführen.

Der aktuelle Fall befasst sich mit dem Zuschlag einer US\$ 21 Millionen Investition für Fahrsimulatoren, den letztendlich eine Firma ohne nennenswerte Erfahrung auf dem Gebiet erhielt. Dadurch soll, unter anderem, General Djoko Susilo, damaliger Hauptkommissar der Nationalen Verkehrspolizei, US\$ 200,000 erhalten haben. Aufgrund dieser Ausgangslage entwickelten sich bei den Ermittlungsarbeiten erhebliche Differenzen zwischen der KPK und der Polizei. Die Polizei bestand darauf, den Fall intern zu bearbeiten, obwohl Bestechungsfälle dem Kompetenzbereich der KPK unterliegen. In der Folgezeit wurden die Ermittlungsarbeiten der KPK durch verschiedene Aktionen der Polizei gestört. Von Seiten der Polizei wurde Beweismaterial zurückgehalten und die Befragung eines Verdächtigen erschwert. Trotz der Anordnung des Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, dass die Polizei sich den Anweisungen der KPK fügen möge, bleibt das Verhältnis der beiden Strafverfolgungsbehörden angespannt. Die Polizei weigerte sich 20 der von ihr gestellten Ermittler der KPK weiterhin zur Verfügung zu stellen. Diese Ermittler waren an noch laufenden Verfahren beteiligt. Gerechtfertigt wurde dieser Schritt damit, dass Polizeibeamte nur befristet für die KPK arbeiten können und Ersatzpersonal bereits ausgesucht wurde.

## Gouverneurswahl der Hauptstadtprovinz Jakarta

Jakarta ist nicht nur die Hauptstadt Indonesiens, sondern stellt mit einer Bevölkerung von etwa 10 Millionen Menschen eine eigene Provinz des Landes dar. Am 20. September 2012 wurde durch eine Stichwahl, an der etwa 67% der 6,9 Millionen Wahlberechtigten teilnahmen, Jakartas Gouverneur für die kommende Amtsperiode von fünf Jahren ermittelt. Mit einer Mehrheit von 54% bestimmten die Bürger Joko "Jokowi" Widodo als neuen Gouverneur. Jokowi, der Mitglied der Partei des demokratischen Kampfes (PDI-P) ist, war zuvor Bürgermeister der Stadt Solo in Zentraljava. Der Kontrahent Jokowi in der Stichwahl war der bisherige Amtsinhaber Fauzi Bowo von der Demokratischen Partei (Partai Demokrat).

Der Wahlkampf vor der Stichwahl am 20. September war stark durch religiöse und ethnische Diskriminierung geprägt. Hierbei lieferte die Herkunft des Vize-Präsidentschaftskandidaten Basuki "Ahok" Tjahaja Purnama, ein Christ chinesischer Abstammung, besonders viel Angriffsfläche für Schmierenkampagnen gegen das Kandidatenpaar. Von inoffizieller Seite wurde zum Beispiel auf der Internetplattform Youtube ein Video verbreitet, in dem chinesischstämmigen Wählern mit Gewalt gedroht wurde, falls sie ihr Wahlrecht ausüben. Es wurden großflächig Flugblätter in Wohngebieten verteilt, welche muslimische Bürger explizit dazu aufforderten nur Kandidaten ihres eigenen Glaubens zu wählen. Das zuständige Komitee zur Wahlüberwachung (Panwaslu) schien nicht in der Lage zu sein diese Art von Kampagne zu unterbinden.

Die Tatsache, dass Jokowi und Ahok trotz der vorangegangenen Hervorhebung religiöser und ethnischer Unterschiede erfolgreich aus der Wahl hervorgegangen sind lässt auf eine zu weiten Teilen tolerante Bevölkerung Jakartas schließen. Aus einer Umfrage der Firma Saiful Mujani Research and Consulting ging hervor, dass etwa 12% der Wähler ihre Entscheidung aufgrund religiöser Zugehörigkeit (ungefähr 4,8% aufgrund der gleichen Ethnie) trafen.

## Mögliche Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2014

Im Jahr 2014 endet die zweite fünfjährige Regierungsperiode des amtierenden indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono (SBY). Da das Amt des indonesischen Präsidenten auf höchstens zwei Amtsperioden begrenzt ist, wird SBY von einer weiteren Kandidatur ausgeschlossen.

Mögliche Kandidaten für seine Nachfolge sind folgende Persönlichkeiten:

- *Megawati Soekarnoputri* (PDI-P - "Partei des demokratischen Kampfes"), Tochter des ersten Präsidenten Indonesiens, Soekarno, und fünftes Staatsoberhaupt der Republik in den Jahren 2001 bis 2004. Obgleich sie schon zwei Wahlniederlagen erlebt hat, wird angenommen, dass sie sich für die Wahl 2014 noch einmal aufstellen lassen wird.

- *Prabowo Subianto* (bereits als Präsidentschaftskandidat bestätigt für *Gerindra* - "Partei der Bewegung Großes Indonesien"), ist einer der reichsten Männer Indonesiens und ehemaliger Schwiegersohn Suhartos, Indonesiens zweitem Präsidenten. Bekannt wurde er als Generalmajor und Mitglied der militärischen

Eliteeinheit *Kopassus*, mit welcher er in den Neunzigern Militäreinsätze gegen die Unabhängigkeitsbewegungen in Ost-Timor und Papua leitete. Ende der neunziger Jahre wurde Prabowo aufgrund von Menschenrechtsverletzungen aus dem Militär entlassen. Ihm wurde vorgeworfen maßgeblich an der Entführung und Folterung von Studenten und Aktivisten im Zusammenhang mit den Unruhen 1998 in Jakarta beteiligt gewesen zu sein.

- *Aburizal Bakrie* (Vorsitzender der Partei *Golkar* = “Partei der funktionellen Gruppen” und von dieser als Präsidentschaftskandidat für 2014 nominiert) war unter SBY bereits Wirtschaftsminister und ist einer der erfolgreichsten indonesischen Geschäftsmänner. Allerdings erschütterte eine missglückte Erdgasbohrung seiner Firma PT Lapindo Bratas im Jahr 2006 sein Ansehen. Als Folge dieser Bohrung entstand ein Schlammvulkan, der sich rasch ausbreitete und innerhalb kürzester Zeit den Besitz zehntausender Menschen vernichtete. Seine Firma zeigt sich bis heute kaum verantwortlich für den zugefügten Schaden.

- *Jusuf Kalla* (bis 2009 Vorsitzender der Partei *Golkar*), war in den Jahren 2004 bis 2009 Vize-Präsident und könnte der Partei *Golkar* zu dem bisher aufgestellten Aburizal Bakrie eine Alternative darstellen.

- *Mahfud M.D.* ist seit dem Jahr 2008 Vorsitzender des indonesischen Verfassungsgerichts und war unter dem vierten indonesischen Präsidenten, Abdurrahman Wahid, Verteidigungsminister. Bis zum derzeitigen Zeitpunkt ist Mahfud noch keiner Partei zuzuordnen, jedoch könnte seine Beliebtheit in der Bevölkerung zu einer Aufstellung durch eine geeignete Partei führen.

- *Hatta Rajasa* (Vorsitzender der PAN - “Nationale Mandatspartei”) ist seit dem Jahr 2009 Wirtschaftsminister und offiziell zum Präsidentschaftskandidaten der PAN bestimmt worden.

## 2. Außenpolitik

### Bundeskanzlerin Angela Merkel stattet Indonesien einen Besuch ab

Vom 10.-12. Juli 2012 absolvierte Bundeskanzlerin Angela Merkel ihren ersten Staatsbesuch in Indonesien seit ihrem Amtsantritt im Jahr 2005. Während ihres Aufenthaltes in der Hauptstadt Jakarta traf sich Frau Merkel mit dem amtierenden indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono, dem indonesischen Verfassungsgericht und dessen Vorsitzenden Professor Mahfud M.D, einem langjährigen Partner der Hanns-Seidel-Stiftung Indonesien, dem damaligen Gouverneur der Hauptstadtprovinz Jakarta, Fauzi Bowo, sowie mit verschiedenen NROs und den deutschen politischen Stiftungen.

Bei ihrer Begegnung mit dem indonesischen Präsidenten bekräftigten die beiden Regierungschefs zum 60. Jubiläum Deutsch-Indonesischer diplomatischer Beziehungen die “Jakarta Declaration”, welche Punkte der beidseitigen Kooperation hinsichtlich Wissenschaft, Handel, Verteidigung und Umwelt beider Länder enthält. Diesbezüglich zählten die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Indonesien zu den Themenschwerpunkten des Besuchs der Kanzlerin. So wurde Frau Merkel von einer Wirtschaftsdelegation und Vertretern aller Fraktionen des deutschen

Parlaments begleitet mit dem Ziel, deutsche Direktinvestitionen in Indonesien zu bewerben. Deutschland war schon immer ein bedeutender Wirtschaftspartner Indonesiens, was sich vor allem in großen Investitionen in den Bereichen Chemie, Infrastruktur und Stromerzeugung zeigt.

Ein weiterer Schwerpunkt der Reise der Kanzlerin waren interkulturelle Aspekte, wobei in diesem Rahmen die Istiqlal Moschee, die größte Moschee Südostasiens, sowie die protestantische Immanuelkirche und der Kalibata Heldenfriedhof in Jakarta besucht wurden.

Während einer Veranstaltung in der Residenz des inzwischen ehemaligen deutschen Botschafters Dr. Norbert Baas, an der hochrangige Gäste wie die Präsidentin des Internationalen Währungsfonds, Christine Lagarde, und die ehemalige indonesische Präsidentin Megawati Sukarnoputri teilnahmen, sprach sich Frau Merkel für die Pflege und Achtung der Natur Indonesiens aus – eine Rede, welche die Bedeutung der Arbeit der HSS in Indonesien im Bereich Umwelterziehung und Umweltschutz unterstreicht.

### **ASEAN-Gipfel gescheitert**

Zum ersten Mal in der Geschichte des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) wurde beim alljährlichen Treffen der Außenminister zu keiner gemeinsamen abschließenden Verlautbarung gefunden. Der Grund dafür war die Kontroverse um die territoriale Aufteilung des Südchinesischen Meers, in dessen Tiefen reiche Öl- und Gasvorkommen liegen sollen, welche neben einigen Mitgliedern der ASEAN auch China betrifft. In dieser Angelegenheit beansprucht China weite Teile des Gebiets für sich, einschließlich von Hoheitsgebieten, die Vietnam, Brunei, Malaysia und die Philippinen für sich einfordern. Nun wurde während der Versammlung in Phnom Penh dem Gastgeberland Kambodscha, das keinen Anspruch auf Gebiete im Südchinesischen Meer erhebt, von der Vertretung der Philippinen vorgeworfen, eine geschlossene Reaktion von ASEAN zu verhindern. Diese Einschätzung erscheint richtig, da zuvor China verschiedene umfangreiche Investitionen der kambodschanischen Regierung versprochen hatte, wohl um eine gemeinsame Stellung von ASEAN zur Frage der Hoheitsgewässer im chinesischen Meer zu hintertreiben.

### **US-Außenministerin Hillary Clinton drängt zur Einigung bezüglich Südchinesischem Meer**

Am 3. September traf die Außenministerin der Vereinigten Staaten, Hillary Clinton, im Zuge ihrer Asien-Pazifik-Amtsreise in Jakarta, Indonesien ein. Wichtigster Programmpunkt ihres Besuches war eine Besprechung mit ihrem indonesischen Pendant, Außenminister, Marty Natalegawa. Diese Unterredung bezog sich auf den Konflikt im Südchinesischen Meer, in dem Indonesien eine Vermittlerrolle für die ASEAN-Staatengemeinschaft hat. Frau Clinton drängte darauf, dass Indonesien seine starke Position innerhalb der ASEAN nützen müsse, um ein Ende der Streitigkeiten herbeizuführen. Die USA beharren auf eine zügige Einigung der beteiligten Länder, da befürchtet wird, zunehmende Spannungen in der Region könnten den internationalen Seehandel behindern und zu militärischen Handlungen führen.

Überdies äußerte sich die US-amerikanische Außenministerin kritisch zu Missständen in Indonesien wie die Gewalt an Minderheiten und die Menschenrechtsverletzungen in der

indonesischen Provinz Papua. Im Zuge des Aufenthalts fand auch ein Höflichkeitsbesuch bei dem indonesischen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono statt, bei dem unter anderem internationale Themen wie die Notlage der muslimischen Ethnie Rohingya in Myanmar und die Krise in Syrien besprochen wurden.

### 3. Wirtschaft

#### Generelle wirtschaftliche Lage

Indonesien ist Südostasiens größte Volkswirtschaft. Seine Marktwirtschaft ist stark durch staatliche Eingriffe gekennzeichnet. Der Anteil des Staatssektors liegt bei 22% am Bruttoinlandsprodukt (BIP). Staatliche Monopole bestehen zum Beispiel im Bereich der Energieerzeugung und Energiedistribution. Der Reichtum Indonesiens basiert auf den großen Rohstoffvorkommen an Erdöl, Erdgas, Holz, Nickel, Kupfer und Kohle. Neben diesen Gütern exportiert das Land Agrarprodukte wie Kautschuk, Tee, Kaffee, Tabak und Pflanzenöle (Indonesien ist weltgrößter Exporteur von Palmöl). Den größten Anteil an der gesamtwirtschaftlichen Leistungserstellung hält der Industriesektor mit einem Anteil von 48%, gefolgt vom Sektors (38%) und dem Primärsektor (14%) am BIP.

Analysten nehmen für das Jahr 2012 ein jährliches Wirtschaftswachstum von mindestens 6,2% an. Der Prognosewert für das Jahr 2013 wurde zwar erst kürzlich von der Zentralbank nach unten korrigiert, die erwartete Wachstumsrate beläuft sich trotzdem immer noch zwischen 6,3% bis 6,7%. Die Inflationsrate im August 2012 betrug 4,58% zum Vorjahreswert und liegt somit einiges unter den am Anfang des Jahres befürchteten 7%. Der aktuelle Wert liegt in dem Bereich der Zielvorgaben, die sich die indonesische Zentralbank gesetzt hat.

Die indonesische Wirtschaft war lange Zeit nur gering beeinflusst von der seit 2008 stockenden globalen Wirtschaftslage. Dieser Zustand ist zu einem großen Teil auf den starken Binnenkonsum zurückzuführen, einhergehend mit der steigenden Nachfrage der indonesischen Mittelschicht. Mittlerweile ist jedoch ein Rückgang in den Exporten vor allem nach China und Indien feststellbar. Dieser Exportrückgang in Verbindung mit der weitersteigenden Binnennachfrage auch insbesondere nach Importgütern, führte in dem Monat April zu der ersten negativen Handelsbilanz seit Jahren. Das Außenhandelsdefizit hat sich im zweiten Quartal 2012 mit US\$ 6,9 Milliarden im Vergleich zum ersten Quartal (US\$ 3,2 Milliarden) mehr als verdoppelt.

#### Das Bergbaugesetz 2009 und seine Auswirkungen

Die indonesische Regierung zielt darauf ab, einen größeren Anteil an den Gewinnen des Rohstoffabbaus in Indonesien zu erlangen. Hierzu wurde im Jahr 2009 ein neues Gesetz zum Mineral- und Kohlebergbau No.4/2009 verabschiedet. Nach diesem Gesetz wird der Bergbau zunehmend aus nationalen und protektionistischen Gesichtspunkten geschützt. Das neue Bergbaugesetz, die Domestic Market Obligation (DMO), besagt, dass 30% der Produktion für den Binnenmarkt verfügbar sein müssen. Im Jahr 2014 wird ein weiterer Teil des Gesetzes in Kraft treten, welcher den Export von Rohstoffen verbietet und somit die Bergbaubetriebe zu einer Weiterverarbeitung der Rohprodukte in Indonesien zwingt. So bleibt den Bergbauunternehmen die Wahl, in eigene Hüttenwerke zu investieren oder mit bestehenden, weiterverarbeitenden indonesischen Firmen zu kooperieren.

Bereits im Jahr 2011 wurde ein Gesetz erlassen, wonach ausländische Bergbauunternehmen nach zehn Jahren Produktion die Mehrheit ihres Anteils an den Staat verkaufen müssen. Der Staat wird damit mit 51% mehrheitlicher Anteilseigner. Die Umsetzung dieses Gesetzes erfolgt nun: So bestätigte Anfang Juli 2012 die indonesische Investitionsbehörde (PIP) das Vorhaben, die staatliche Anteilsmehrheit an dem japanischen Unternehmen, PT Indonesia Asahan Aluminium (Inalum), nach dessen Gang an die Börse, zu erlangen. Inalum ist Indonesiens einziger Aluminiumproduzent und Tochtergesellschaft der japanischen Nippon Asahan Aluminium. Für den Kauf der Anteile wird die indonesische Regierung US\$ 749 Millionen bereitstellen. Ein paar Wochen später wurden ähnliche Pläne bezüglich der Firma Freeport Indonesia, welche die größte Gold- und Kupfermine Indonesiens in Papua betreibt, veröffentlicht.

#### **4. Sonstiges**

##### **Neuer deutscher Botschafter wird in Jakarta willkommen geheißen**

Der seit 2009 wirkende deutsche Botschafter zu Indonesien und Timor-Leste, Dr. Norbert Baas, wurde im Juli 2012 zu seiner Pensionierung offiziell feierlich aus seinem Amt verabschiedet. Seine Nachfolge tritt im Oktober 2012 Herr Dr. Georg Witschel an, der zuletzt die Position des deutschen Botschafters in Ottawa, Kanada, innehatte. In der dreimonatigen Vakanz des Postens des Botschafters wurde die deutsche diplomatische Mission durch die stellvertretende Botschafterin, Frau Heidrun Tempel, geleitet.

Herr Dr. Witschel hat im Zuge seiner Einarbeitungszeit der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Jakarta bereits einen Besuch abgestattet, wobei er sich in einem persönlichen Gespräch ausführlich über die Arbeit der HSS in Jakarta sowie generell über aktuelle und wichtige Themen und Entwicklungen in Indonesien informierte.

##### **Korruptionsindex zeigt überraschende Ergebnisse**

Der Korruptionsindex, der jedes Jahr durch Transparency International herausgegeben wird, spiegelt die vorhandene Verbreitung der Korruption in einem Land wider. Der Index geht von 0 bis 10, wobei der Wert 10 die geringste Wahrnehmung und somit das beste Ergebnis darstellt.

Bezüglich Indonesiens zeigt der Korruptionsindex 2011 eine Verbesserung der Lage. So lag Indonesien in dem entsprechenden Jahr auf Rang 100 der 183 erfassten Nationen, im Vergleich zu Rang 110 und 111 in den beiden Vorjahren. Die Verbesserung des Indexwertes von 2,8 auf 3 im Jahr 2011 zeigt eine Verringerung der Korruption auf. Im Vergleich zu den anderen südostasiatischen Ländern liegt Indonesien vor Vietnam, den Philippinen, Timor-Leste, Laos, Kambodscha und Myanmar.

Die verbesserten Werte sind der erfolgreichen Arbeit der indonesischen Antikorruptionsbehörde (KPK = Komisi Pemberantasan Korupsi) zuzuschreiben. Gleichzeitig deutet der Indexwert von 3 (im Vergleich Deutschland 8) darauf hin, wie viel Arbeit diese Behörde noch leisten muss.



## Bedrohte Orang-Utans und das Gebiet des nationalen Waldschutzmoratoriums werden überprüft

Indonesien gehört zusammen mit Malaysia zu den einzigen Ländern der Welt in denen der Orang-Utan in freier Wildbahn vorzufinden ist. Der Menschenaffe ist als bedrohte Spezies eingestuft, wobei nur noch ungefähr 50,000 Tiere in den Wäldern Borneos und Sumatras beheimatet sind. Der Grund für die Bedrohung ist vor allem die Abholzung des Primärwalds und der sich verringernde Lebensraum der Orang-Utans. Dadurch geraten die Tiere in Kontakt mit den Menschen und werden gefangen genommen. Einen Orang-Utan wieder auszuwildern ist langwierig und kostet durchschnittlich US\$ 3,500 pro Tier. Trauriger Höhepunkt des Aufeinandertreffens des Menschen und des Orang-Utans fand Ende August 2012 statt. Plantagenarbeiter versuchten mit Rauch einen Orang-Utan aus einer Kokosnusspalme zu verscheuchen, woraufhin der Baum Feuer fing und der Orang-Utan schwere Verbrennungen erlitt. Wenige Stunden später erlag das Tier seinen Verletzungen.

Als Antwort auf die Degradierung der indonesischen Regenwälder sprach die Regierung ein befristetes Moratorium bei der Vergabe von Lizenzen zur Rodung von Primärwäldern aus. Die Kartierung dieses Gebietes erwies sich nicht zuletzt aus politischen Gründen als schwierig. Bei einem dritten Anlauf soll nun eine aussagekräftige Karte erstellt werden.

Dr. Ulrich Klingshirn

Der Autor ist Leiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Jakarta, Indonesien.  
Bericht erstellt unter Mitarbeit von der Praktikantin Teresa Reiß.

### IMPRESSUM

Erstellt: 04.10.2012

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer, Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de) | [www.hss.de](http://www.hss.de)